

Kluth/Hornung/Koch
Handbuch Zuwanderungsrecht

Handbuch Zuwanderungsrecht

Allgemeines Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht nach
deutschem und europäischem Recht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Winfried Kluth

Universitätsprofessor
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dr. Ulrike Hornung

Ministerialdirigentin
Bundesministerium des Innern

Dr. Andreas Koch

Richter am Bundesverwaltungsgericht und Richter des Verfassungsgerichts Brandenburg

4. Auflage 2025



Zitiervorschlag:
Kluth/Hornung/Koch ZuwanderungsR-HdB § ... Rn ...

beck.de

ISBN 978 3 406 82878 2

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Bearbeiterverzeichnis

Dr. Wolfgang Breidenbach .	Rechtsanwalt, Halle/Saale
Prof. Dr. Johannes Eichen- hofer	Universität Leipzig
Dr. Ulrike Hornung	Ministerialdirigentin, Bundesministerium des Innern
Prof. Dr. Winfried Kluth ...	Universität Halle-Wittenberg, Richter des Landesverfas- sungsgerichts Sachsen-Anhalt a. D.
Dr. Andreas Koch	Richter am Bundesverwaltungsgericht und Richter des Verfassungsgerichts Brandenburg
Clemens Kurzidem	Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
Dr. Oliver Maor, LL. M.	Regierungsdirektor, Bundesministerium des Innern
Prof. Dr. Andreas Mos- bacher	Richter am Bundesgerichtshof
Dr. Holger Pietzsch, LL. M.	Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts des Landes Sachsen-Anhalt

Vorwort

Fünf Jahre nach dem Erscheinen der dritten Auflage des Handbuchs haben die umfangreichen Aktivitäten des deutschen und europäischen Gesetzgebers eine Aktualisierung erforderlich gemacht. Dabei stehen neben der Fortschreibung des Fachkräfteeinwanderungsrechts zahlreiche Detailänderungen im Zusammenhang mit der Rückführung sowie die Umsetzung von Vorgaben der Rechtsprechung des EuGH im Vordergrund. Zudem wurde in allen Teilen die neuere Rechtsprechung und Literatur eingearbeitet.

Die Herausgeber danken dem Autorenteam für die engagierte Mitwirkung an der Neuauflage und Frau Olga Guselnikova für die Mitarbeit bei der Aktualisierung der Verzeichnisse. Herrn Philipp Breuer vom Verlag C.H. Beck danken wir für die aufmerksame Begleitung aller Arbeitsschritte.

Winfried Kluth
Ulrike Hornung
Andreas Koch

Halle (Saale)
Berlin
Leipzig

Inhaltsübersicht

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXV

1. Teil: Grundlagen

§ 1 Die Zuwanderungssituation	1
§ 2 Die Entwicklung des Migrationsrechts einschließlich rechtstatsächlicher sowie internationalrechtlicher Bezüge	5

2. Teil: Allgemeines Einreise- und Aufenthaltsrecht

§ 3 Einreise	23
§ 4 Aufenthalt (Voraussetzungen, Aufenthaltszwecke, Integration)	69
§ 5 Aufenthaltsbeendigung/Abschiebung/Sicherheit	577

3. Teil: Europarechtlich geprägte Aufenthaltsrechte

§ 6 Das Aufenthaltsrecht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen	689
§ 7 Aufenthaltsrecht nach EU-Assoziationsrecht	717

4. Teil: Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz

§ 8 Verwaltungsverfahren und Mitteilungspflichten	757
§ 9 Rechtsschutz	779

5. Teil: Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG

§ 10 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG	879
Sachverzeichnis	931

Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXV

1. Teil: Grundlagen

§ 1 Die Zuwanderungssituation	1
§ 2 Die Entwicklung des Migrationsrechts einschließlich rechtstatsächlicher sowie internationalrechtlicher Bezüge	5
A. Gegenstand	5
B. Historische Wurzeln	6
I. Fremdenrecht in der Antike bis zum Absolutismus	6
II. Beginn der Epoche der Nationalstaaten	7
C. Das deutsche Migrationsrecht bis zur Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg ..	7
I. Deutsches Reich	7
II. Weimarer Republik	8
III. Zeit des Nationalsozialismus	9
D. Das deutsche Migrationsrecht bis zur Wiedervereinigung	9
I. Rechtslage nach dem Zweiten Weltkrieg	9
II. Anwerbevereinbarungen und Anwerbestopp	9
III. Ausländergesetz 1965	9
IV. Asylverfahrensgesetz 1982	10
E. Das deutsche Migrationsrecht nach der Wiedervereinigung	10
I. Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts 1990	10
II. „Asylkompromiss“ 1993 und Vorläufer	11
III. Der Weg zum Zuwanderungsgesetz 2004	11
1. Reformbestrebungen	11
2. Gesetzgebungsverfahren	11
IV. Richtlinienumsetzungsgesetze 2007, 2011, 2013 und weitere Rechtsänderungen im Überblick	11
V. Entwicklung ab 2015	13
VI. Migrationspaket 2019	15
VII. Neue Akzente ab 2021	16
F. Völker- und Europarecht	17
I. Völkervertragsrecht	17
II. Die Sonderstellung der EMRK	17
III. Allgemeine Regeln des Völkerrechts	18
IV. Europäisches Primärrecht	19
V. Europäisches Sekundärrecht	19
VI. Normenhierarchie	20
VII. Prozessuale Geltendmachung des Normvorrangs	21
G. Zusammenfassung	21

2. Teil: Allgemeines Einreise- und Aufenthaltsrecht

§ 3	Einreise	23
A.	Der rechtliche Rahmen für Einreise und Aufenthalt und seine Systematik	24
I.	Die völkerrechtlich anerkannte Souveränität der Staaten als Ausgangspunkt	24
1.	Territorialhoheit und Einreisegestattung	24
2.	Völkervertragliche Öffnungen	25
II.	Die Zuständigkeiten der Europäische Union im Bereich der Einwanderungspolitik	26
1.	Die Kompetenzen der EU im Bereich der Einwanderungspolitik und der Grenzkontrollen	26
2.	Einreisefreiheit auf Grund der Unionsbürgerschaft und der Personengrundfreiheiten	29
III.	Auswirkungen auf die rechtliche Systematik Aufenthaltsrechts und die Rechtsanwendung	29
1.	Direkt anwendbares Unionsrecht	29
2.	Durch EU-Richtlinien determinierte Bereiche des deutschen Aufenthaltsrechts	30
3.	Verbliebene mitgliedstaatliche Kompetenzbereiche	31
4.	Einfluss des Völkerrechts	31
IV.	Die Schnittstellen zum Asyl- und Flüchtlingsrecht	31
B.	Rechtsbegriff und Formen der Einreise, Grenzschutz	32
I.	Einreise als Grenzübertritt	32
II.	Gesetzliche Ausgestaltungen des Einreisevorgangs	32
III.	Legale und irreguläre Einreise	34
IV.	Kontrolle und Schutz an Außengrenzen der EU	34
1.	Zielsetzung der Grenzkontrollen	34
2.	Grenzübergangsstellen	35
3.	Zulässige und gebotene Kontrollmaßnahmen bei der Ein- und Ausreise	35
4.	Pflicht zur Abstempelung von Reisedokumenten	37
5.	Rechtsfolge fehlender Einreisestempel	37
6.	Das Recht zur Einreiseverweigerung	38
V.	Kontrolle und Schutz an den Binnengrenzen	38
1.	Grundsatz des Kontrollverzichts	38
2.	Ausnahmetatbestände	38
3.	Im Grenzgebiet zulässige und untersagte Kontrollen	39
VI.	Die Koordination von Schutzmaßnahmen an den Außengrenzen durch die Agentur Grenz- und Küstenwache	40
VII.	Das Europäische Grenzüberwachungssystem EUROSUR	41
C.	Die Einreise zu einem Aufenthalt von bis zu drei Monaten und das Schengen-Visum	42
I.	Einreisevoraussetzungen für einen Kurzaufenthalt nach Unionsrecht	42
1.	Übersicht	42
2.	Besitz gültiger Grenzübertrittspapiere	42
3.	Visumpflicht	42
4.	Nachweis des Aufenthaltszwecks	42
5.	Nachweis der Lebensunterhaltssicherung	43
6.	Keine Ausschreibung im Schengener Informationssystem (SIS)	46
7.	Keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung	46
8.	Ausnahmen von den Regelanforderungen	48

II.	Die verschiedenen Visumarten	49
1.	Begriff, Funktionen und Rechtsnatur des Visums	49
2.	Visumpflichtige und visumfreie Drittstaatsangehörige	49
3.	Die verschiedenen Erteilungsfornen von Kurzzeit-Visa	50
III.	Das Verfahren der Visumerteilung nach dem Visakodex	51
IV.	Die Entscheidung über den Visumantrag und ihre Rechtsfolgen	52
V.	Berechnung der Aufenthaltsfrist, Geltungsdauer und Verlängerung des Visums	53
VI.	Der Entzug von Schengenvisa	55
D.	Die Einreise zu einem längerfristigen Aufenthalt	55
I.	Einreisevoraussetzungen nach nationalem Recht	55
II.	Das nationale Visum	56
1.	Grundlagen	56
2.	Visumpflicht für Ausländer	56
3.	Visumantrag und Prüfverfahren	58
4.	Materielle Voraussetzungen für die Visumerteilung	59
III.	Die Passpflicht	59
IV.	Fehlen eines Einreise- und Aufenthaltsverbots und von Zurückweisungstatbeständen	60
V.	Ausnahmetatbestände	60
1.	Ablehnung des Visumantrags	60
2.	Nationales Ausnahmevisum	60
VI.	Ausnahme von der Passpflicht	61
VII.	Betretenserlaubnis	61
E.	Einreise- und Aufenthaltsverbote	61
I.	Funktionen der Regelung	61
II.	Voraussetzungen und Fallgruppen eines Einreise- und Aufenthaltsverbots	61
III.	Befristung von Amts wegen	62
IV.	Aufhebung und Fristverkürzung	64
V.	Zuständige Behörde	64
VI.	Betretenserlaubnis trotz Einreiseverbot	64
VII.	Verstoß gegen ein Einreiseverbot	65
F.	Die irreguläre Einreise und ihre Folgen	65
I.	Fallkonstellationen der irregulären Einreise und rechtliche Einordnung	65
II.	Einreiseverweigerung nach Art. 14 SGK	66
III.	Zurückweisung nach § 15 AufenthG	66
IV.	Die Zurückweisungshaft und der Transitgewahrsam	68
V.	Straf- und Bußgeldtatbestände	68
§ 4	Aufenthalt (Voraussetzungen, Aufenthaltszwecke, Integration)	69
A.	Allgemeine Voraussetzungen des Aufenthalts; Aufenthaltstitel	75
I.	Die Vermittlung des Aufenthaltsrechts durch Aufenthaltstitel	75
1.	Gruppen von Aufenthaltstiteln	81
2.	Inhalt des Aufenthaltstitels	94
3.	Aufenthaltserlaubnisse für gesetzlich nicht geregelte Anlässe nach § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG	126
4.	Die Fiktionsbescheinigung	129
II.	Prüfungsschema zur Erteilung von Aufenthaltstiteln	136
III.	Wechsel des Aufenthaltszwecks	138
1.	Zulässigkeit und Beschränkungen nach dem Aufenthaltsgesetz	138
2.	Bedeutung	139

IV.	Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	140
	1. Erfüllung der Visumpflicht	140
	2. Sicherung des Lebensunterhalts	158
	3. Klärung von Identität und Staatsangehörigkeit	171
	4. Fehlen eines Ausweisungsinteresses	174
	5. Nichtgefährdung von Interessen der Bundesrepublik Deutschland ..	180
	6. Erfüllung der Passpflicht	182
	7. Ausnahmen von den Regelerteilungsvoraussetzungen	191
	8. Terrorismusausschluss-Klausel	197
	9. Sperrwirkung eines Asylantrages oder erfolglosen Asylverfahrens	198
V.	Niederlassungserlaubnis	204
	1. Ausreichender Voraufenthalt	205
	2. Wirtschaftliche Integrationsvoraussetzungen	208
	3. Öffentliche Sicherheit und allgemeine Integration in die Lebensverhältnisse	210
VI.	Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU	211
	1. Erwerb des Status eines langfristig Aufenthaltsberechtigten	211
	2. Besonderer Aufenthaltstitel	212
	3. Kleine Freizügigkeit	213
	4. Verlust der Rechtsstellung	213
	5. Erteilungsvoraussetzungen	213
	6. Ausschlussstatbestände	215
	7. Anrechnung von Aufenthaltszeiten	216
	8. Vorhandensein fester und regelmäßiger Einkünfte	220
B.	Die einzelnen Aufenthaltszwecke	221
	I. Grundlagen der Fachkräfteeinwanderung	221
	1. Entwicklung des Arbeitsmigrationsrechts der Bundesrepublik	222
	2. Arbeitsmarktrelevante Grundaussagen des AufenthG und Grundsätze der Erwerbsmigration	225
	II. Aufenthalt zu Ausbildungs- und Studienzwecken	241
	1. Entwicklung der Regelungen	241
	2. Lebensunterhaltssicherung	243
	3. Zustimmung der Personensorgeberechtigten	244
	4. Aufenthalt zur Berufsausbildung	244
	5. Aufenthaltserlaubnis zur Berufsausbildung für ausreisepflichtige Ausländer	246
	6. Aufenthalt zum Studium	247
	7. Aufenthalt zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen ...	256
	8. Teilnahme an einem Sprachkurs und Schulbesuch	263
	9. Aufenthalt zur Suche eines Ausbildungs- oder Studienplatzes	264
	III. Einreise und Aufenthalt zum Zwecke der Erwerbstätigkeit	266
	1. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen nach § 18 AufenthG	267
	2. Fachkräfte mit Berufsausbildung nach § 18a AufenthG	275
	3. Fachkräfte mit akademischer Ausbildung nach § 18b AufenthG	277
	4. Blaue Karte EU nach § 18g AufenthG	278
	5. Kurzfristige Mobilität für Inhaber einer Blauen Karte EU nach § 18h AufenthG	282
	6. Langfristige Mobilität für Inhaber einer Blauen Karte EU nach § 18i AufenthG	283
	7. Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte nach § 18c AufenthG	285
	8. Aufenthaltserlaubnis zu sonstigen Zwecken nach § 19c AufenthG ...	290
	9. Aufenthaltserlaubnis für einen europäischen Freiwilligendienst nach § 19e AufenthG	293

10. Unternehmensinterner Arbeitnehmer-Transfer nach §§ 19, 19a, 19b AufenthG	294
11. Arbeitsplatzsuche für Fachkräfte nach § 20 AufenthG	301
12. Chancenkarte gem. § 20a	303
13. Zulassung für Selbstständige gemäß § 21 AufenthG	307
14. Arbeitsmarktzugang für Geduldete und Asylantragsteller	312
15. Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz	347
IV. Aufenthalt von Forschern	349
1. Zielsetzung und Anwendungsbereich	349
2. Anerkennung von Forschungseinrichtungen	350
3. Aufnahmevereinbarung	352
4. Abweichende Zulassungsformen	353
5. Ablehnungsgründe	353
6. Ausnahmen des § 18d Abs. 6 AufenthG	353
7. Grenzüberschreitender Aufenthalt	354
8. Aufenthaltserlaubnis für mobile Forscher	354
V. Aufenthalte aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen	354
1. Allgemeines	355
2. Die Aufnahme aus dem Ausland (§ 22 AufenthG)	364
3. Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden (§ 23 Abs. 1 AufenthG)	370
4. Aufenthaltsgewährung durch den Bund bei besonders gelagerten politischen Interessen (§ 23 Abs. 2 AufenthG)	376
5. Neuansiedlung von Schutzsuchenden (§ 23 Abs. 4 AufenthG)	378
6. Die Härtefallregelung (§ 23a AufenthG)	380
7. Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz (§ 24 AufenthG)	386
8. Aufenthaltsgewährung bei anerkannten Asylberechtigten (§ 25 Abs. 1 AufenthG)	391
9. Aufenthaltsgewährung für GFK-Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte (§ 25 Abs. 2 AufenthG)	395
10. Aufenthaltserlaubnis in Fällen des nationalen subsidiären Schutzes (§ 25 Abs. 3 AufenthG)	396
11. Aufenthaltserlaubnis zum vorübergehenden Aufenthalt (§ 25 Abs. 4 S. 1 AufenthG)	403
12. Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis bei Vorliegen einer außergewöhnlichen Härte (§ 25 Abs. 4 S. 2 AufenthG)	408
13. Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Menschenhandel (§ 25 Abs. 4a AufenthG)	413
14. Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Schwarzarbeit (§ 25 Abs. 4b AufenthG)	417
15. Aufenthaltsgewährung bei vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern (§ 25 Abs. 5 AufenthG)	419
16. Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und jungen Volljährigen (§ 25a AufenthG)	432
17. Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration (§ 25b AufenthG)	448
18. Chancen-Aufenthaltsrecht (§ 104c AufenthG)	459
19. Aufenthaltsverfestigung bei humanitären Aufenthalten (§ 26 Abs. 3 und 4 AufenthG)	462
VI. Familiennachzug	468
1. Allgemeines	468

2. Familiennachzug zu Deutschen	501
3. Familiennachzug zu Ausländern	505
4. Aufenthaltsverfestigung von Familienangehörigen – eigenständiges Aufenthaltsrecht, Niederlassungserlaubnis und Daueraufenthalt – EU	528
5. Eigenständiges Aufenthaltsrecht von Familienangehörigen	532
6. Erwerbstätigkeit der Familienangehörigen	537
VII. Sonstige Aufenthalte	538
1. Wiederkehrende junge Menschen	538
2. Wiederkehrende Rentner	541
3. Wiederkehr nach Zwangsese	541
4. Aufenthaltstitel für ehemalige Deutsche	542
5. Aufenthaltserlaubnis für in anderen Mitgliedstaaten langfristig Aufenthaltsberechtigte	548
C. Integrationskurse	552
I. Einführung	552
1. Integration als Gegenstand und Ziel des Zuwanderungsrechts	552
2. Begriff der Integration im deutschen und europäischen Zuwanderungsrecht	553
3. Überblick über die wichtigsten integrationspolitischen Maßnahmen in Deutschland und Europa	558
II. Der Integrationskurs als Kern des deutschen Integrationskonzepts	562
1. Ziel, Inhalt und Struktur des Integrationskurses	563
2. Die aufenthaltsrechtliche Relevanz der Teilnahme am Integrationskurs	564
3. Kosten und Finanzierung der Integrationskurse	566
III. Berechtigung zur Teilnahme am Integrationskurs	566
1. Teilnahmeanspruch	567
2. Zulassung im Rahmen vorhandener Kursplätze	568
IV. Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs	569
1. Voraussetzungen der Teilnahmeverpflichtung	569
2. Folgen der Pflichtverletzung	571
V. Zulassung als Integrationskursträger	573
1. Voraussetzungen für die Zulassung	573
2. Verfahren der Zulassung	574
§ 5 Aufenthaltsbeendigung/Abschiebung/Sicherheit	577
A. Ausreisepflicht, Ausweisung	579
I. Ausreise- und Rückführungspflicht	579
1. Begriff	579
2. Ausreisefrist	583
3. Rechtsfolgen	584
4. Erfüllung der Ausreisepflicht	585
II. Erlöschen eines Aufenthaltstitels	586
1. Überblick	586
2. Einzelne Erlöschensgründe	587
III. Ausweisung	594
1. Begriffsbestimmung und gesetzliche Systematik	594
2. Rechtsfolgen	599
3. Verwaltungsverfahren	601
4. Ausweisungsanlass (§ 53 Abs. 1 AufenthG)	604
5. Entscheidungsgrundlage und Abwägungskriterien (§ 53 Abs. 2 AufenthG)	605

6. Sonderregelungen für einzelne Personengruppen (§ 53 Abs. 3, 3a und 4 AufenthG)	605
7. Bestimmung und Gewichtung des Ausweisungsinteresses (§ 54 AufenthG)	607
8. Bestimmung und Gewichtung des Bleibeinteresses (§ 55 AufenthG)	611
9. „Verbrauch“ von Ausweisungsgründen	612
10. Abwägungsentscheidung (§ 53 Abs. 1 u. 2 AufenthG)	613
11. Prüfungsablauf	614
IV. Befristung der Ausweisungsentscheidung nach § 11 AufenthG	615
B. Abschiebungshindernisse	615
I. Allgemeines	616
1. Begriff und Regelungssystem	616
2. Die Prüfungszuständigkeiten für Abschiebungshindernisse	617
II. Der Abschiebungsschutz nach § 60 AufenthG	618
1. Allgemeines	618
2. Flüchtlingsrechtlicher Abschiebungsschutz (§ 60 Abs. 1 AufenthG) ..	619
3. Subsidiärer Abschiebungsschutz (§ 60 Abs. 2, 4, 5 und 7 AufenthG) ..	636
III. Der Abschiebungsschutz nach den §§ 60a und 60b AufenthG	646
1. Die generelle Aussetzung der Abschiebung (§ 60a Abs. 1 S. 1 AufenthG)	646
2. Die Duldung im Einzelfall (§ 60a Abs. 2 bis 2d AufenthG)	647
3. Die Duldung für Personen mit ungeklärter Identität (§ 60b AufenthG)	655
C. Sonstige Anforderungen an die Abschiebung	657
I. Das Abschiebungsverfahren	657
1. Allgemeines	657
2. Die Androhung der Abschiebung	657
II. Die Abschiebungsanordnung	660
1. Entstehungsgeschichte	660
2. Verfassungsmäßigkeit des § 58a AufenthG	660
3. Voraussetzungen der Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG ..	662
4. Rechtsfolgen der Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG ...	664
D. Abschiebungshaft	665
I. Zweck	666
II. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	666
III. Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Abschiebungshaft	668
1. Vorbereitungshaft (§ 62 Abs. 2 AufenthG)	668
2. Sicherungshaft (§ 62 Abs. 3 AufenthG)	669
IV. Ausreisegewahrsam (§ 62b AufenthG)	673
V. Ergänzende Vorbereitungshaft (§ 62c AufenthG)	675
VI. Vorläufige behördliche Ingewahrsamnahme	676
VII. Mitwirkungshaft (§ 62 Abs. 6 AufenthG)	676
VIII. Gerichtliches Verfahren	677
1. Verfahren vor dem Amtsgericht	677
2. Anordnung einer vorläufigen Freiheitsentziehung (§ 427 FamFG) ..	681
3. Rechtsmittel nach dem FamFG	682
4. Antrag auf Feststellung der Rechtswidrigkeit	683
E. Pflichten der Beförderungs- und Flughafenunternehmer	683
I. Übersicht und Grundlagen	683
II. Beförderungsverbot	684
III. Rückbeförderungspflichten	685
IV. Pflichten der Flughafenunternehmer	686

3. Teil Europarechtlich geprägte Aufenthaltsrechte

§ 6	Das Aufenthaltsrecht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen	689
A.	Die Entwicklung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für Unionsbürger und ihre Familienangehörigen	690
B.	Die Freizügigkeitstatbestände nach dem FreizügG/EU	692
I.	Regelungssystematik	692
II.	Kurzaufenthalt bis zu einer Dauer von drei Monaten	692
III.	Einzelne Freizügigkeitstatbestände	693
1.	Arbeitnehmer	693
2.	Arbeitsuchende	694
3.	Niedergelassene selbständige Erwerbstätige	694
4.	Dienstleistungserbringer	695
5.	Dienstleistungsempfänger	695
6.	Nichterwerbstätige	696
7.	Familienangehörige	696
8.	Daueraufenthaltsberechtigte	700
IV.	Das Aufenthaltsrecht nahestehender Personen	700
C.	Einreise und verfahrensrechtliche Regelungen	701
I.	Einreise in die Bundesrepublik Deutschland	701
II.	Meldebehördliches und ausländerbehördliches Verfahren	701
1.	Unionsbürger	701
2.	Familienangehörige	702
3.	Verfahren bei Erwerb des Daueraufenthaltsrechts	703
4.	Nahestehende Personen	704
D.	Der Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt	704
I.	Allgemeines	704
II.	Einzelne Verlusttatbestände	704
1.	Verlustfeststellung bei Wegfall der Freizügigkeitsvoraussetzungen nach § 5 Abs. 4 FreizügG/EU	704
2.	Verlustfeststellung infolge Täuschung oder Scheinehe	706
3.	Verlustfeststellung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	707
III.	Rechtsfolgen der Verlustfeststellung	713
1.	Regelungssystematik	713
2.	Ausreisepflicht	713
3.	Ausreisefrist und Abschiebungsandrohung	714
4.	Einreiseverbot, Aufenthaltsverbot und Befristung	714
IV.	Sonderfall der Zurückweisung an der Grenze	715
E.	Übergangsvorschriften zur EU-Erweiterung	715
F.	Unionsbürgerfreizügigkeit und Brexit	716
§ 7	Aufenthaltsrecht nach EU-Assoziationsrecht	717
A.	Typologie und Rechtsnatur des Assoziationsrechts	719
I.	Allgemeines	719
II.	Rechtsnatur der Assoziationsabkommen	719
III.	Rechtsprechungskompetenz des EuGH	721
IV.	Aufenthaltsrechtliche Wirkung assoziationsrechtlicher Regelungen	722
B.	Assoziationsrechtliche Rechtsstellung türkischer Staatsangehöriger	722
I.	Entwicklung des Assoziationsrechts zwischen der EU und der Türkei	722
II.	Allgemeine Grundprinzipien des assoziationsrechtlichen Aufenthaltsrechts türkischer Staatsangehöriger	723

III.	Aufenthaltsrecht türkischer Arbeitnehmer nach Art. 6 ARB 1/80	724
1.	Der Begriff des Arbeitnehmers	724
2.	Zugehörigkeit zum regulären Arbeitsmarkt	725
3.	Ordnungsgemäße Beschäftigung	726
4.	Unterbrechung von Beschäftigungszeiten	726
5.	Stufenfolge der assoziationsrechtlichen Rechtsstellung des türkischen Arbeitnehmers	727
6.	Erlöschen der Rechtsstellung aus Art. 6 Abs. 1 ARB 1/80	727
7.	Aufenthaltsrechtliche Rechtsfolgen	729
IV.	Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen türkischer Arbeitnehmer nach Art. 7 ARB 1/80	729
1.	Das Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen nach Art. 7 S. 1	730
2.	Das Aufenthaltsrecht der Kinder türkischer Arbeitnehmer nach Art. 7 S. 2 ARB 1/80	734
3.	Erlöschen des Aufenthaltsrechts aus Art. 7 ARB 1/80	735
V.	Aufenthaltsrecht aus diskriminierungsfreiem Bildungszugang nach Art. 9 ARB 1/80?	739
1.	Diskriminierungsfreier Bildungszugang	739
2.	Aufenthaltsrechtliche Relevanz	740
VI.	Aufenthaltsrechtliche Wirkung des Diskriminierungsverbots des Art. 10 ARB 1/80	740
1.	Diskriminierungsverbot zugunsten türkischer Arbeitnehmer in Art. 10 Abs. 1 ARB 1/80	740
2.	Anspruch auf Unterstützung durch Arbeitsämter bei der Arbeitsplatzsuche nach Art. 10 Abs. 2 ARB 1/80	743
VII.	Die stand-still-Klauseln des Art. 7 ARB 2/76, Art. 13 ARB 1/80 und Art. 41 Abs. 1 ZP	743
1.	Wirkungsweise der Stillhalteklausele der Art. 7 ARB 2/76 und Art. 13 ARB 1/80	743
2.	Anwendungsbereich der Stillhalteklausele des Art. 13 ARB 1/80	746
3.	Stillhalteklausele nach Art. 41 Abs. 1 ZP	750
VIII.	Die Schranke der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit aus Art. 14 ARB 1/80	751
1.	Systematik der Schrankenregelung des Art. 14 Abs. 1 ARB 1/80	751
2.	Materielle Anforderungen an die Ausweisung türkischer Assoziationsberechtigter und ihrer Familienangehörigen	753
3.	Verfahrensrechtliche Vorgaben für die Ausweisung Assoziationsberechtigter	755
C.	Weitere assoziationsrechtliche Aufenthaltsrechte	756
I.	Aufenthaltsrecht nach dem EWR-Abkommen (Island, Lichtenstein, Norwegen)	756
II.	Die aufenthaltsrechtliche Stellung Schweizer Staatsangehöriger	756

4. Teil: Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz

§ 8	Verwaltungsverfahren und Mitteilungspflichten	757
A.	Ablauf des Verfahrens im Überblick	757
B.	Regelungen des AufenthG zum Verwaltungsverfahren	758
I.	Zuständigkeitsregelungen	758
1.	Gesetzgebungszuständigkeiten	758
2.	Steuerungskompetenzen der Bundesverwaltung	759
3.	Behördenzuständigkeiten	760
II.	Das beschleunigte Fachkräfteverfahren nach § 81a AufenthG	762

III.	Besondere Beteiligungsregelungen	763
IV.	Weisungsrechte der Bundesregierung	763
V.	Antragerfordernis und Mitwirkungspflichten	763
C.	Datenerhebung und Mitteilungspflichten nach §§ 87, 88 AufenthG	764
I.	Datenschutz und Datenerhebung	764
II.	Datenerhebung	765
III.	Datenübermittlung	765
IV.	Allgemeine Voraussetzung der Übermittlungspflicht	766
1.	Begriff der öffentlichen Stelle	766
2.	Behördeneigenschaft als Anknüpfungspunkt	767
3.	Voraussetzungen der Übermittlungspflicht	768
4.	Kenntniserlangung ohne Datenerhebung	768
V.	Gesetzliche Einschränkung der Übermittlungspflicht	769
1.	Beschränkung der Übermittlungspflicht in der Praxis	769
2.	Einschränkung nach Art der Tätigkeit	770
VI.	Besondere gesetzliche Verwendungsregelungen	770
1.	Allgemeine Einordnung	770
2.	Originäre Mitteilungspflichten im öffentlichen Krankenhaus	771
3.	Bereichsspezifische Offenbarungsbefugnisse	773
VII.	Antrag auf Kostenübernahme und nachfolgende Krankenbehandlung ..	775
§ 9	Rechtsschutz	779
A.	Verfassungsrechtliche Vorgaben	781
I.	Rechtsschutzgarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	781
1.	Gegenstand und Umfang	781
2.	Zulässige Zugangsbeschränkungen	782
3.	Recht auf effektiven Rechtsschutz	784
II.	Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG)	786
1.	Recht auf Information, insbesondere Akteneinsichtsrecht	786
2.	Recht auf Äußerung	787
3.	Recht auf Berücksichtigung	788
III.	Recht auf den gesetzlichen Richter (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG)	788
B.	Rechtswege im Ausländerrecht	789
C.	Verwaltungsgerichtliches Verfahren	789
I.	Die Strukturprinzipien im ausländerrechtlichen Verfahren	790
1.	Amtsermittlungspflicht	790
2.	Mitwirkungsobliegenheiten der Beteiligten	795
3.	Dispositionsmaxime	796
4.	Mündlichkeitsgrundsatz	796
5.	Besonderheiten aufgrund der Sprache	797
II.	Vorläufiges Rechtsschutzverfahren	799
1.	Allgemeines	799
2.	Zulässigkeit	800
3.	Begründetheitsfragen	803
4.	Rechtsmittel	809
5.	Gerichtlicher Schiebeschluss	810
III.	Hauptsacheverfahren vor dem Verwaltungsgericht	811
1.	Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen	811
2.	Richtige Klageart	813
3.	Klagebefugnis	826
4.	Vorverfahren	831
5.	Klagefrist, Rechtsschutzinteresse, Klagerücknahmefiktion	832
6.	Begründetheitsfragen	833

IV.	Das Rechtsmittel der Berufung	836
1.	Das Verfahren bei Antrag auf Zulassung der Berufung	836
2.	Das Verfahren bei Zulassung der Berufung durch das VG	845
3.	Berufungsverfahren und Berufungsentscheidung	846
V.	Das Rechtsmittel der Revision	849
1.	Das Verfahren bei nicht zugelassener Revision	850
2.	Das Verfahren bei Zulassung der (Sprung-)Revision durch eine der Vorinstanzen	858
3.	Revisionsverfahren und Revisionsentscheidung	861
VI.	Verfahren nach § 58a AufenthG vor dem BVerwG	863
VII.	Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	863
VIII.	Kosten und Streitwert	865
D.	Außerordentliche Rechtsbehelfe	868
I.	Verfassungsbeschwerde zum BVerfG	868
1.	Vertretung	868
2.	Anforderungen an die Begründung	869
3.	Frist	870
4.	Form	870
5.	Erfordernis der Rechtswegerschöpfung/Subsidiarität	871
6.	Besonderheiten bei Rechtssatzverfassungsbeschwerden	873
7.	Annahmeverfahren	873
8.	Kosten	873
II.	Verfassungsbeschwerde zu den Landesverfassungsgerichten	874
III.	Individualbeschwerde zum EGMR	875

**5. Teil: Straftaten und Ordnungswidrigkeiten
nach dem AufenthG**

§ 10	Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG	879
A.	Einführung	881
B.	Die Straftatbestände des AufenthG	882
I.	Die Grundtatbestände in § 95 AufenthG	882
1.	Der passlose Aufenthalt (Abs. 1 Nr. 1)	882
2.	Der einfache unerlaubte Aufenthalt (Abs. 1 Nr. 2)	885
3.	Die einfache unerlaubte Einreise (Abs. 1 Nr. 3)	892
4.	Verstoß gegen Ausreiseverbot oder Verbot der politischen Betätigung (Abs. 1 Nr. 4)	893
5.	Keine, unrichtige oder unvollständige Angaben (Abs. 1 Nr. 5)	894
6.	Nichtduldung erkennungsdienstlicher Maßnahmen (Abs. 1 Nr. 6) ..	896
7.	Verstoß gegen Beschränkungen bei ausgewiesenen Ausländern (Abs. 1 Nr. 6a bis 6c)	896
8.	Wiederholter Verstoß gegen räumliche Beschränkung bei ausreisepflichtigen Ausländern (Abs. 1 Nr. 7)	898
9.	Geheimbündelei (Abs. 1 Nr. 8)	899
10.	Illegale Erwerbstätigkeit bei Inhabern eines Schengen-Visums (Abs. 1a)	900
11.	Unerlaubte Einreise und unerlaubter Aufenthalt nach Abschiebung, Zurückschiebung oder Ausweisung (Abs. 2 Nr. 1)	901
12.	Zuwiderhandlung gegen elektronische Aufenthaltsüberwachung (Abs. 2 Nr. 1a)	902
13.	Erschleichen eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung (Abs. 2 Nr. 2)	902

II.	Einschleusen von Ausländern (§§ 96, 97 AufenthG)	905
1.	Grundtatbestand des Einschleusens von Ausländern (§ 96 Abs. 1 AufenthG)	905
2.	Qualifikationstatbestand des § 96 Abs. 2 AufenthG	912
3.	Einschleusen mit Todesfolge; gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen (§ 97 AufenthG)	915
4.	Entsprechende Anwendung im Falle von Taten zum Nachteil anderer Unions- oder Schengenstaaten (§§ 96 Abs. 4, 97 AufenthG)	917
5.	Geheimnisverrat bei Abschiebeinformationen u. a. (§ 97a AufenthG iVm § 353b StGB)	918
C.	Die Bußgeldtatbestände des AufenthG (§ 98 AufenthG)	918
I.	Allgemeines	918
II.	Überblick über die einzelnen Bußgeldtatbestände	919
1.	Der fahrlässige passlose oder unerlaubte Aufenthalt im Bundesgebiet (Abs. 1)	919
2.	Fehlender Nachweis über ein assoziationsrechtliches Aufenthaltsrecht (Abs. 2 Nr. 1)	920
3.	Sich-Entziehen der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs (Abs. 2 Nr. 2)	920
4.	Verstoß gegen Mitwirkungspflichten beim Lichtbildabgleich (Abs. 2 Nr. 2a)	920
5.	Nichtanzeige von Heimreisen (Abs. 2 Nr. 2b)	921
6.	Nichtbefolgung ausweisrechtlicher Pflichten (Abs. 2 Nr. 3)	921
7.	Nichtteilnahme am Integrationskurs (Abs. 2 Nr. 4)	921
8.	Verstoß gegen Mitteilungspflicht bei Ende von Beschäftigung oder Ausbildung (Abs. 2 Nr. 5)	922
9.	Beauftragung eines Ausländers mit nachhaltigen Werk- oder Dienstleistungen (Abs. 2a Nr. 1)	922
10.	Verstoß gegen Mitteilungspflicht bei Beschäftigung eines Ausländers (Abs. 2a Nr. 2)	923
11.	Verstoß gegen Anzeigepflicht bei Mobiler-ICT-Karte (Abs. 2a Nr. 3)	923
12.	Verstoß gegen Mitteilungspflicht bei Ausbildung oder Erwerbstätigkeit eines geduldeten Ausländers (Abs. 2a Nr. 4)	924
13.	Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit ohne Genehmigung (Abs. 3 Nr. 1)	924
14.	Verstoß gegen vollziehbare Auflagen (Abs. 3 Nr. 2)	925
15.	Verstoß gegen die gesetzliche Pflicht zur Wohnsitznahme (Abs. 3 Nr. 2a)	925
16.	Verstoß gegen Aufenthaltsbeschränkung oder Wohnsitzanordnung (Abs. 3 Nr. 2b)	925
17.	Verstoß gegen Grenzübertrittsformalitäten (Abs. 3 Nr. 3)	926
18.	Verstoß gegen vollziehbare Anordnungen (Abs. 3 Nr. 4)	926
19.	Verstoß gegen die Meldepflicht (Abs. 3 Nr. 5) – weggefallen	926
20.	Verstoß gegen Mitwirkungspflicht zur Erlangung von Pass oder Passersatz (Abs. 3 Nr. 5a)	927
21.	Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung (Abs. 3 Nr. 5b)	927
22.	Verstoß gegen die Antragspflicht als gesetzlicher Vertreter (Abs. 3 Nr. 6)	928
23.	Verstoß gegen Rechtsverordnung nach § 99 Abs. 1 Nr. 3a, 7, 10 oder 13a AufenthG (Abs. 3 Nr. 7)	928
	Sachverzeichnis	931